D1 Die Ostquote regelt den Scheiß - und zwar so!

Antragsteller*in:	Jusos Erfurt
Tagesordnungspunkt:	1 Begrüßung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeitungspunkt

Antragstext

Einleitung:

Auch noch 34 Jahre nach der Wende ist die Verteilung von Positionen zwischen Ost und West in einem starken Ungleichgewicht. Die Repräsentation Ostdeutscher ist nicht nur von einem Ungleichgewicht geprägt, sie nimmt auch kontinuierlich weiter ab. Nur jede vierte Führungsposition in Ostdeutschland ist von Ostdeutschen besetzt. Im Umkehrschluss heißt das, dass obwohl nur 13 Prozent Westdeutsche in Ostdeutschland wohnen, besetzen sie aktuell 77 Prozent der Führungspositionen in den ostdeutschen Bundesländern.[1] Die Benachteiligung bei der Besetzung von (Eliten) Jobs, die Stigmatisierung und die verbale Gewalt gegenüber Ostdeutschen muss beendet werden.

Die strukturelle Diskriminierung Ostdeutscher muss beendet werden. Es ist bezeichnend, dass es dafür erst eine Quote braucht. Hinzu kommt, dass die Ostquote aktuell lediglich durch den Geburtsort genauer definiert wird. Eine breite Gruppe der Ostdeutschen wird dabei außenvor gelassen.

Forderungen:

- Eine im Grundgesetz festgelegte Verankerung (Art. 36 GG) kann nicht weiter ignoriert und umgangen werden. Ein „angemessenes“ Verhältnis bei der Besetzung von Stellen bei Bundesbehörden ist aktuell nicht gegeben.

- Es bedarf einer gesetzlichen Regelung für eine Ostquote bei der Besetzung von Führungspositionen im öffentlichen Dienst auf Bundesebene, prozentual dem Bevölkerungsteil der ostdeutschen Bundesländer entsprechend.

- Es bedarf einer gesetzlichen Regelung für eine Ostquote für Führungspositionen in den ostdeutschen Bundesländern von 50 Prozent.

- Die Kriterien müssen besser definiert werden;

    - Die Sozialisation und damit einhergehend die Transformationserfahrung sind ausschlaggebend für eine ostdeutsche Identität.
    - Berücksichtigt werden müssen gleichermaßen die materiellen Gegebenheiten. Das heißt Vermögensverhältnisse, Erbschaften und die Möglichkeit des Vermögensaufbaus während der DDR.

- Zusätzlich braucht es im privaten Sektor (Wirtschaft, Medien, etc.) andere Maßnahmen. Bei gleicher Eignung müssen Ostdeutsche bevorzugt werden, solange es eine Unterrepräsentation gibt.

[1]https://www.zeit.de/2019/13/ostquote-chancengleichheit-akademiker-fuehrungspositionen